

**Bezugspreis**

für Halle überjährlich bei postamtlicher  
Zahlung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Am amtlichen Zeitungsbureau  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
Für unregelmäßig eingehende Mautstücke  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Genehmigung:  
„Saale-Ztg.“ gestattet.  
Preisänderer der Redaktion Nr. 1140;  
Geldstellen Nr. 170; Adressstellen  
(Markt 4) Nr. 220.  
Anzeigen-Geldstellen: Große Mit-  
telstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

# Saale-Beitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

**Anzeigen**

werden bei Spaltenpreis über dem  
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Mittelstraße 63, I sowie bei  
unsern Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Reklamen die Seite 15 Pfg.  
Erstmalig besonders prägnant;  
Sonntag- und Montagstimmal,  
sonst normal täglich.  
Redaktion und Druck-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Mittelstraße 17;  
Wohnungsgeschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geldstellen: Gr. Mit-  
telstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Nr. 8.

Halle a. S., Montag, den 6. Januar

1908.

## Veratungen und Erwägungen.

Der Bundesrat ist in Sachen der Reichsfinanzreform noch nicht über das Stadium der Erwägungen hinausgekommen. Indes ist die Vermutung gerechtfertigt, daß das so schwierige Problem der Deckung des Reichsbudgets im Reichstag alsbald nach seinem Wiedereintritt aufs neue beschäftigt wird, und daß die wichtige Frage auch tatsächlich eine endgültige Lösung findet. Die ultramontane Presse gefällt sich darin, es so darzustellen, als ob der Reichstag nicht die Fähigkeit besäße, irgend ein großes gesetzgeberisches Problem mit Erfolg anzufassen. Es ist Aufgabe der Reichsparteien und der verbündeten Regierungen, die Zweifel des Zentrums an ihrer politischen Produktivität und Leistungsfähigkeit zu beheben, und die Schwierigkeiten, die sich aus den Gegensätzen zwischen der Rechten und der Linken ergeben, die ferner aus den finanzpolitischen Gegensätzen in den Anschauungen des Bundesrates und Reichstages bestehen, auf ein möglichst geringfügiges Maß zu reduzieren. Bis vor kurzem ging die überwiegende Meinung der Führer der Linken dahin, die Lösung der Reichsfinanzfrage noch ein Jahr hinauszuziehen und erst dann, wenn sich die finanzielle Wirkung der Steuereinführungen vom Jahre 1906 vollkommen übersehen lassen, den weiteren Ausbau des Reformwerkes, seine definitive Ausgestaltung, vorzunehmen. Noch jüngst gab der Vg. Müller-Meintingen in einem bemerkenswerten Artikel seine Meinung dahin ab, daß er schrieb: „Können sich die Parteien der Mehrheit über den gelangten, im engen Zusammenhang stehenden Plan einer Finanzreform in den nächsten Monaten nicht einigen, so braucht man im Reichstag keinem neuen, falschen Latenbrange zu verfallen, sondern wartet ruhig bis zur Session 1908/09. Das Reich wartet nach der glorieichen Zentrumswirtschaft seit Jahrzehnten darnieder und noch ein Jahr auf eine vernünftige Ordnung seiner Finanzverhältnisse. Die jetzige Mehrheit ist als solche an den jetzigen Finanzverhältnissen des Reiches weit unzufriedener als die verbliebenen Regierungen. Und sie mügen bis zur Einigung der jetzigen Mehrheitsparteien schließlich auch für das Jahr 1908 noch einmal die Sache aus eigener Tasche bezahlen.“

Dieser Ansicht, so begründet sie bei dem Widerstreben der Regierung ist, auf die berechtigten Wünsche des Steuerzahlenden Volkes eingehen, könnte doch nur dann das Wort gebührt werden, wenn jede Möglichkeit, jezt zum Ziele zu kommen und mit der Finanzfrage Schluss zu machen, ausgeschlossen bliebe. Nach den neuesten Mitteilungen scheint das aber glücklicherweise nicht der Fall. Zunächst lassen die Nachrichten über die vom freikonserватiver Seite in Anregung gebrachte „Beredelung der Matritularbeiträge“ darauf schließen, daß die Frage der Einführung einer direkten Reichssteuerung trotz des Widerstandes im Bundesrat in Fluß geraten ist. Wenn dabei der Modus zur Anwendung gelangt, daß eine einheitliche Reichssteuer erhoben werde, dann um diese handelt es sich zunächst, damit erhoben werden soll, daß die bundesstaatlichen Matritularbeiträge durch je möglichst abgeleitet werden, und wenn dabei gleichzeitig der Standpunkt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten genügend berücksichtigt wird, so läge darin immerhin schon eine beträchtliche Besserung. Noch ungewiß ist es freilich, wie die Entscheidung der verbündeten Regierungen ausfallen wird. Seitens des Königsreichs Sachsen, das ja in der finanzpolitischen Frage den Reichstags als das äußerste perhorresziert und in ganz auffallender Weise seine partikularistische Tendenz in den Vordergrund rückt, ist die „Beredelung“ Idee bereits entschieden abgelehnt worden. Bayern soll, — Politisches weiß man darüber nicht — gleichfalls kein Freund der Einführung einer vom Reichstag zu kontrollierenden und partikularistisch zu erhebenden Reichsvermögenssteuer sein, und „hinter diesen beiden führenden Staaten“ ist, wie die „Münchener N. N.“ bekanntlich erzählen, „die Gedrängte die Gefahr der meisten Mittel- und Kleinststaaten stehen.“ Die Befürchtung des Reichstages, die Jahresquote der Reichsvermögenssteuer herab zu hinaufzulegen, werde Verwirrung in die einzelstaatliche Finanzpraxis bringen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Als ob nicht gerade der jetzige Zustand mit der Gründung von ungedeckten Matritularbeiträgen viel ungesunder wäre. Als ob nicht gerade die Einführung eines gerechten Verteilungsmodus, der auf die Leistungsfähigkeit Rücksicht nimmt, dem jetzigen Modus, der die Bevölkerungszahl als Grundgröße annimmt, bei weitem vorzuziehen wäre. Die Tatsache, daß Preußen den größten Anteil der Matritularbeiträge bereitwillig auf seine Schultern nimmt, sollte doch auch berückichtigt werden.

Eine andere Möglichkeit der Verbreitung des direkten Steuerweges schlägt die bayerische Regierung vor. Sie will den weiteren Ausbau der Reichserschäftssteuer, gegen den sich die preußische Regierung und die preußischen Konföderationen mit aller Macht zur Wehr setzen. Nach einer Umbildung der „Deutschen Tageszeitung“ hat Bayern bereits im Bundesrat einen Antrag nach dieser Richtung eingebracht. Die legislatorische Situation für den bayerischen Vorschlag ist noch unklar. Die wesentlichere Opposition gegen ihn be-

findet sich offenbar nicht im Reichstag, wenn auch eine Einigung sämtlicher Reichsparteien auf ihn schwierig erscheint; der Hauptwiderstand wird im Bundesrat zu gewärtigen sein. Aber weshalb die Reichsvermögenssteuer annehmen und den Ausbau der Reichserschäftssteuer ablehnen, oder umgekehrt die Reichsvermögenssteuer ablehnen und den Ausbau der Reichserschäftssteuer annehmen? Beides läßt sich gut und gern miteinander vereinbaren. Wenn Preußen der bayerischen und sächsischen Regierung entgegenkommt oder Bayern und Sachsen den preußischen Wünschen Konzessionen macht, wird der Reichstag nicht die Verantwortung übernehmen wollen, einen so schwierig zustande gebrachten Kompromiß zu gefährden, zumal es sich immer nur um geringfügige Beträge handeln kann, und das Hauptübergewicht auf den übrigen Steuergebieten liegt, die außerdem noch zur Diskussion stehen und über die schon genügend debattiert ist.

Ein starker Anreiz, die Finanzreform gerade jetzt nicht scheitern zu lassen, liegt für die verbündeten Regierungen hauptsächlich auch darin, daß sie die Erhöhung der Beamtenbesoldungen im Reich nicht auf ein Jahr zurückstellen können, und auch die Reichsparteien können keine Möglichkeit unverfügt lassen, für die Deckung der Neuausgaben, die durch die Erhöhung der Beamtenbesoldungen erforderlich werden, zweckentsprechende Mittel bereitzustellen. Mit dem Zentrumserbe, das die Beamten infolge des Nichtzustandekommens der Reichsfinanzreform ein Jahr lang auf die Erhöhung ihrer Bezüge würden zu warten haben, muß gründlich aufgeräumt werden. F. W.

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser sprach am Sonnabend beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und darauf beim Reichszentralrat, hörte im Schloße die Marinevorträge und empfing um 12½ Uhr den Geh. Oberregierungsrat Schmidt, den Wirkl. Geh. Oberkammerer Dr. Thier und den Professor Paul.  
Der Kaiser und die Kaiserin besuchten Sonnabend abend die Vorstellung von „Wallensteins Tod“ im königlichen Schauspielhaus.

### Preussische Wahlrechtsreform und Volkspolitik.

Die „Nationalist. Rev.“ schreibt: „Die „Kreuzzeitung“ hat dem Volk immer sehr kühl gegenübergestanden. Sie hat ihn noch neulich ein ungeliebtes Gebilde genannt, und eine ihrer letzten Wochenblätter war dem heiteren Vorschlag gewidmet: Das Zentrum doch auch in den Volk aufzunehmen. Indes müssen manchen Leuten bekanntlich alle Dinge zum besten dienen, und so hat sich die „Kreuzzeitung“ auf den Sektiererstand besonnen, daß der Volk unter Umständen doch auch zu etwas nützlich sein könnte. Nämlich: die preussische Wahlrechtsreform zu hinterreiben, deren bloße Möglichkeit ihr schon den Schlaf ihrer Nächte raubt. Der „Kreuzzeitung“ ist bereits von unterschiedlichen Seiten und — was das bekanntlich ist — so ziemlich aus allen Zeitungen des Liberalismus vorgehalten worden, daß sie ihre Liebe zum Volk ein wenig kühl entdeckt, und man hat sie — nicht ohne letzten Hohn — daran erinnert, wie sie den oft proklamieren eigenen Grundsatzen so nun ins Gesicht schlägt und Reichspolitik und preussische Innenpolitik, auf deren getrennte Behandlung sie sonst immer größten Wert zu legen pflegt. Mit dieser Sinnesverwandlung ist die „Kreuzzeitung“ natürlich im Recht: preussische und Reichspolitik lassen sich in Wahrheit gar nicht trennen. Nur liegen die Dinge ein wenig anders als das konfervative Hauptorgan sie zu seinen „agitatortischen“ und parteipolitischen Zwecken abzumalen beliebt. Man kann im Reich nicht den Versuch machen, ein wenig links herum zu regieren, und in Preußen die Macht der bislang herrschenden gesellschaftlichen und politischen Schichten ganz unangefast lassen. Dazu ist der Einfluß, den das führende Preußen auf die Entwicklung im Reich hat, viel zu stark. Insofern wird die Frage der preussischen Wahlrechtsreform allerdings zu einem Prüfling — nicht für den Willen des leitenden Staatsmannes, eine der neuen Situation entsprechende Politik zu machen — sondern für seine Kraft, diesen Willen durchzuführen. Und insofern sind auch die Nationalliberalen, so wenig sie an sich zu einer doktrinären Behandlung des Wahlrechtsproblems neigen, sehr stark daran interessiert, welche Antwort am 10. Jan. im preuß. Abgeordnetenhaus den freikonservativen Interpellationen in Sachen der Wahlrechtsreform von den Regierungsbänken werden wird. Mit den angeblichen „inneren Schwierigkeiten“ in der nationalliberalen Partei und dem ebenso angeblichen Drängen vorwärtsstrebender Jungliberalen, mit denen die „Kreuzzeitung“ ihre Leser zu unterhalten sucht, hat das alles nicht das Geringste zu tun. Derlei Schwierigkeiten bestehen nur in der Wantafie des konfervativen Hauptorgans. Im Wirklichkeit sind — noch in Wiesbaden hat es sich gezeigt — die Muten wie die Zungen in der nationalliberalen Partei sich vollkommen darüber einig, daß das preussische Wahlrecht nachgerade sinn- und zeltgemäß zu reformieren ist.“

### Die Kräfte im Notendirektor.

Prinz Ruprecht von Bayern ist, wie schon gemeldet, am Sonnabend von Berlin wieder nach Bayern zurückgekehrt. Es stellt bisher an authentischen Nachrichten

darüber, ob zwischen dem Kaiser und ihm eine Aussprache über die Streitigkeiten im Notendirektor stattgefunden hat und in welchem Sinne diese erfolgt ist. Dagegen wird dem „Leipz. Tagbl.“ aus München mitgeteilt, daß Prinz Ruprecht schon im März das Postamt im Notendirektor niedergelegt wollte und damals nur durch die leitenden Persönlichkeiten des bayerischen Landesverbandes von diesem Schritt abgehalten wurde. Von hier aus sind die Gründe zu beurteilen, die jetzt zu dem Rücktritt geführt haben.

Die Breslauer Ortsgruppe des Notendirektors ist höchlich über das Verhalten des Generals Keim in der Parteipolitik und tadelte die allzu scharfe Agitation gegen die vom Kaiser genehmigte neue Notendirektion. Den Abfall des bayerischen Landesverbandes vermiedte man aber nicht gutzuheißen.

### Revision im Hardenprozeß.

Die Revisionsbestimmung im Hardenprozeß wird sich auf Formfehler während der Hauptverhandlung sowie auf ungeschickliche Beschränkung der Verteidigung bei der Beweisaufnahme stützen.

Zu dem Bericht über die Ausführungen des Oberstaatsanwalts im Prozeß Harden trägt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ noch folgendes nach:

Nach den ursprünglichen Erklärungen in den Artikeln schien es, als ob Herr Harden zu der „Gruppe“ außer dem Fürsten Eulenburg und dem Grafen Kuno Wolff noch rechnete die Herren Frhr. von Wamböler, von Below und von Tschirch und Voegenderff. Schon im Juni aber erklärte Herr Harden in seiner „Zukunft“, daß er die Herren v. Wamböler und v. Tschirch nicht mehr hinzurechnen, indem er sagte, der Schwabe und der Sachse schieden aus. Später hat er in seinem gesprochenen und gedruckten Schulbuche auch den Herrn v. Below ausdrücklich als nicht zu der Gruppe gehörig bezeichnet und erklärt, daß dieser sehr schätzbare und liebenswürdige Herr zwar zu den fanatischen Friedensfreunden zu rechnen sei, aber der „Gruppe“ gar nicht angehöre. Nicht wahr, Herr Harden, ist es nicht so? (Harden steht auf und verbeugt sich zum Dank.)

Maximilian Harden hat Sonnabend abend nach Verzichtung des Richterpruches die Anklagebank alsbald wieder mit dem Kantenlager betreten. Infolge der ungehörigen Nervenankammerung der letzten Tage trat bei dem Patienten eine heftige Reaktion ein, die sich in einem nahezu völligen Verfall der Kräfte äußerte. Eine Anzahl Symptombekämpfungen aus allen Teilen der Welt trafen in hohem Maße ein. Harden hat die Nacht zum Sonnabend wieder schlaflos verbracht.

Der „Temps“ erfüllt die Beurteilung Hardens mit Verfriedigung. Das Blatt schreibt: „Wir lieben zu sehr den Freiheit, als daß wir aus unserer Genugtuung über Hardens Sturz ein Hehl machen könnten. Seit Jahren läßt dieser Mann Frankreich und regt durch verwerfliche Unterstellungen die Meinung Deutschlands gegen uns auf. In der Parokis-Angelegenheit hat er alles getan, um jede Verständigung unmöglich zu machen. Wir halten Herrn Harden für einen Feind unseres Landes, er wird sich deshalb nicht wundern dürfen, wenn man ihm auch in Frankreich die milderen Umstände verweigert, die ihm seine Mitbürger nicht zubilligen wollen. Wir denken nicht daran, im Falle etwaiger Streitigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland, die von ihm provoziert sind, Sandale für uns auszumunzen, denn wir kämpfen nicht mit solchen Waffen. Wenn er aber heute mit dem Verlust seines Credits eine schädliche Laufbahn beschließt, so haben wir keinen Grund, diese Tatsache zu beklagen.“ Das Blatt meint, daß Harden entweder gegen alle Beweise seine Beschuldigungen aufrechterhalten oder erklären müsse, er sei Frau v. Elbe und Herrn v. Soltau aufgelesen; er müsse sich selber für beschuldigt für leistungsfähig erklären. In beiden Fällen sei aber jordan seine politische Rolle ausgepielt.

Ein weiteres Urteil über den Hardenprozeß, dessen Objektivität allerdings durch eine Dosis Aufschneidlichkeit stark beeinträchtigt erscheint, wird dem „N. Z.“ aus Rom übermittelt: Unter dem Titel „Die Richter von Berlin“ bedeutet „Italien“ den unerfährlichen Zwischenfall zwischen dem ersten und zweiten Urteil im Hardenprozeß und schreibt: „Was soll man zu diesen Richtern von Berlin sagen, wie tief sind sie seit dem Grafen v. Bredich gesunken!“

Das Ergebnis des Prozesses Harden wird in den Londoner Wäutern nur vereinzelt und ziemlich oberflächlich besprochen. Die Sache hatte dort alsbald ihr Hauptinteresse verloren, als sich herausstellte, daß der Herausgeber der „Zukunft“ die Behauptungen und Andeutungen, die am meisten von sich reden gemacht hatten, nicht zu beweisen vermochte. Die Verschwiegenheit des Verfahrens in solchen Prozessen hüben und drüben, die mangels im Prozeß Harden einem britischen Zeitungsseifer schwer verständig machte, trug, der „Kön. Ztg.“ zufolge, ebenfalls zur Verzögerung der Teilnahme an den neuesten Verhandlungen bei. Im einzelnen wird hier und da dem Grafen Kuno v. Wolff lebhaftes Mitgefühl bekundet, andererseits aber auch nicht geringe Verwunderung über die ganze Entwicklungsgeschichte der Sache, über das lange Zögern des Königs mit seinem Vorgehen gegen den Angeklagten, über die lange, auffallende Unbeugung der Staatsanwaltschaft gegen die Aufnahme der Sache, wie über ihr schließliches Eingehen gähert. Im übrigen empfehlen einzelne Wäutere auch bei dieser Gelegenheit das parlamentarische Regiment als das beste Mittel gegen den Einfluß von Kammerlinden und Klauen-Wirtschaft.

### Beschwerden über die Kolonialpolitik Bernburgs.

Eine Beschwerdechrift gegen den Staatssekretär des Reichskolonialamts und den Gouverneur Herrn v. Rechenberg ist, wie schon kurz gemeldet, unter den parlamentarischen Blättern zum Zweck der Sammlung von Unterschriften im Umlauf. Auch in Deutschland lebende Interessenten sind aufgefordert worden, sich anzuschließen. Das in seiner Tonart sehr scharfe Schriftstück soll dem Reichstage, wenn irgend möglich, noch vor der Beratung des Kolonialrats eingebracht werden. Unter den zur Abgabe ihrer Unterschrift Eingeladenen bestehen Zweifel darüber, ob das Herantreten aus dem Plenum des Reichstages schon jetzt tattlich richtig ist, oder ob es sich nicht vielmehr empfehlen hätte, die Klagen der Ostafrikaner zunächst durch einen Abgeordneten als deren Vertrauensmann vortragen zu lassen. Die Beschwerde richtet sich u. a. gegen die Befehlsgangs- und Eingeborenenpolitik Bernburgs sowie gegen seine angelegliche Bevorzugung der indischen Bewegung zugunsten der deutschen.

Gegenüber dieser Meldung, wonach die weiße Bevölkerung Deutsch-Ostafrikas die Überführung des Gouverneurs Rechenberg verlange, erklärt die „Köln. Ztg.“, bisher sei eine solche Eingabe beim Reichskolonialamt nicht eingegangen. Ebenfalls sei die Forderung, die angehängt in dieser Eingabe gestellt wurde, ähnliche Verordnungen in Deutsch-Ostafrika gegen die Eingeborenen zu erlassen, wie sie in Deutsch-Ostafrika erlassen wurden, durchaus nicht angebracht.

### Die Jungliberalen.

Die am Sonntag in Frankfurt a. M. unter Vorsitz von Dr. Fischer-König stattgehabte Besprechung des Reichsverbandes der Vereine der national-liberalen Jugend mit den Vertretern der süddeutschen jungliberalen Vereine ergab, daß ein Anschluß des bayerischen Landesverbandes an den Reichsverband auf der Grundlage der Kaiserlauterner Beschlüsse nicht durchzuführen ist. Die ersten Vertreter der bayerischen Vereine erklärten jedoch, daß auf Grund ihrer Würdigung der Beschlüsse der Anschließ der einzelnen Vereine an den Reichsverband nicht gebindert ist und daß der bayerische Landesverband ein engeres Verhältnis mit dem Reichsverband durch gegenseitige Entsendung von Vertretern zu den Vertreterversammlungen und in die Vorstände herzustellen wünsche. Hinsichtlich des bayerischen Landesverbandes dienen die Verhandlungen dem Zusammenfluß auf der Grundlage von Vereinbarungen, die von den Kaiserlauterner Beschlüssen ausgehend auszuführen erscheinen. Die auf Grund dieser Ergebnisse notwendigen weiteren Verhandlungen sind eingeleitet.

### Freiherr v. Rheinbaben als Sanitätsrat.

Die „Post“ hat bekanntlich berichtet, dem Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben sei es in kritischer Zeit zu danken gewesen, daß die National-Zeitung heute überhaupt noch existiere. Die „Tagl. Rundschau“ berichtet noch, daß Herr v. Rheinbaben und Ministerialdirektor Altkösterleinerzeit bei der Münchener „Allgem. Ztg.“ Redaktionsdienste leisteten und ihrer Scherzlieferung anbanden.

### Das Scherzliche Spejanten.

Der „Frankf. Ztg.“ wurde kürzlich mitgeteilt, daß die Einführung der Scherzlichen Spejanten in der Presse unmittelbar bevorstehe. Herr Scherz gedachte sein ursprüngliches System nunmehr als Privatunternehmen einzuführen. Dazu bemerkt die „Deutsche Tagesztg.“, daß an den Stellen, die von diesem neuerlichen Plane etwas wissen müßten, nichts bekannt sei. — Das kommt allerdings häufiger vor, auch wenn die Meldung stimmt.

### Allgemeine Mitteilungen.

— Heute findet, wie alljährlich, im Ministerium des Innern eine Zusammenkunft der Oberpräsidenten zu der Besprechung dienstlicher Angelegenheiten statt. Zu dem Wahl, das die Teilnehmer an der Konferenz am Abend beim Minister des Innern vernehmen wird, hat auch der Kaiser sein Erscheinen in Aussicht gestellt.

Die 21. Generalversammlung des Evangelischen Bundes findet vom 4. bis 7. Oktober 1908 in Braunshweig statt. Die Vorbereitungen für diese Versammlung haben schon begonnen.

— Wie nach der „Post“ in politischen Kreisen verlautet, galt der gemeinsame Vortrag, den der Reichskanzler Herr Bilow, der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und der Minister des Innern v. Wolff am Dienstag beim Kaiser hielten, der Stellungnahme zur Wahlrechtsreform in Preußen, über welche sich die Regierung demnächst gelegentlich der freistimmigen Interpellation im Abgeordnetenhaus zu äußern hat.

— Eine Art von homöopäthischer Aufklärung und Forderung über die Gefahren der mangelhaften Beschäftigung bildet seit kurzem einen Teil des Dienstunterrichts bei vielen Gardetruppen und auch Provinzregimenten. In dieser Form werden, gebildet, die Rekruten und die älteren Jahrgänge, meist von den Kompagnie-, Gebälde- und Batteriechefs selbst, auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die sich auf diesem Gebiete den Mannschaften in mangelhafter Form nähern.

— Der Erlös aus Beitragsmarken der Zonaförderungsvereine betrug am 1. November 1907 insgesamt 13,9 gegen 15,3 Millionen im gleichen Monat des Jahres 1906 betragen.

### Wahlbewegung.

Bei der Erichswahl zum hessischen Landtag wurde in Schwalbach an Stelle von Ribot (liberal) Hierl (Sozialdemokrat) gewählt.

### Bergbau.

— Der Reichstagsabgeordnete Hue erklärte sich in einer von 1000 Bergarbeitern gehaltenen Versammlung gegen einen Streik, weil er gegenwärtig den Lebensbestimmern durchaus gelegen komme. Den Organisationen könne er nur Schäden bringen.

### Kommunale Angelegenheiten.

— Der Vorschlag zum Breslauer Stadthaus hat sich nicht 146 Proz. Zustimmung auf die Einkommensteuer, 82 pro Mitte des gemeinen Wertes als Grundsteuer und 171 Proz. Grundsteuer vor. Die Steuererhöhung beträgt gegen das Vorjahr 10 Proz. bei der Einkommensteuer, 15 1/2 Proz. bei der Grundsteuer, 11 Proz. bei der Grundsteuer.

### Kolonialpolitik.

— Einem Berliner Telegramm, dem „Köln. Ztg.“ zufolge scheint festzuhalten, daß der Sanitätsunteroffizier Brud-

ner im afrikanischen Maragorobek ermordet worden ist. Ueber die Umstände ist inoffiziell bekannt geworden. An amtlicher Stelle wird dem Vorgang keine größere Bedeutung beigelegt.

### Ausland.

#### Zur französischen Kolonialpolitik.

Deutschlands Stellungnahme zu den neuesten Vorgängen in Marokko wird durch eine offizielle Berliner Zuschrift der „Südd. Reichsanst.“ gekennzeichnet:

„Die letzten Tage haben aus französischen und englischen Blättern über neue weitläufige militärische Unternehmungen Frankreichs in Marokko Nachrichten gebracht, die mit Vorbehalt aufzunehmen sind. Denn sie gehen erheblich über das hinaus, was bisher über die Absichten der antichristlichen Kolonialpolitik verlautet hat. In einer Pariser Mitteilung der Politischen Korrespondenz ist als nicht unwahrscheinlich bezeichnet worden, daß Herr Pichon den Signatarmächter der Afrikas von Algerien den Vorstoß gegen die Kasbah Medunja zur Kenntnis gebracht hat. Von einer militärischen Expedition nach Fes aber oder überhaupt von einem tieferen Einbringen in das Innere des schifflichen Reiches ist dabei nicht die Rede gewesen. Der derzeitige Leiter der französischen Politik hat mehrfach Proben seiner unmissigen Selbsteinsicht gegeben. Man kann von ihm nicht annehmen, daß er sich in seinen Aeußerungen mit Ereignissen, die in nächster Zeit eintreten müßten, in Widerspruch setzen wird. Es scheint vielmehr ernstlich im Plan des Pariser Kabinetts zu liegen, die Einnahme der Kasbah Medunja als das Endziel der militärischen Vorgehens herbeizuführen, um von diesem Punkte aus den Uebergang zur Herstellung normaler Verhältnisse im Hinterland von Calabancia wie in dieser Hinsicht selbst zu gewinnen. Das Eingreifen französischer Streitkräfte hat von Anfang an als ein Ausnahme-

Maßnahmen zu gelten, der nicht unter die Bestimmungen der Afrikas von Algerien fällt, der eher vorübergehend durch bloßen Notwendigkeiten gerechtfertigt wurde. Von den Signatarmächtern sind deshalb diese außergewöhnlichen Maßnahmen nicht gefordert worden. Der Wunsch, sie zu verlängern oder zu erweitern, tritt auch in der öffentlichen Meinung Frankreichs in den Hintergrund. Es ist bezeichnend, daß die „Debat“, die den Betreibungen des französischen Marokkopoliticoes freundschaftlich gegenübersteht, in ihrer gestrigen Nummer aus einer tief eindringenden Studie von Paul Leroy Beaulieu in der „Revue des deux Mondes“ Ausführungen wiedergibt, worin der angelegliche französische Nationalismus vor Überhebung der Vorteile warnt, die Frankreich sich von der Uebernahme eines förmlichen Schutzes über eine Eroberung Marokkos versprechen könnte.“

In Rabat (Marokko) hat die Erregung nachgelassen. Die Ausschaltung der neuen Polizeimannschaften hat sich ohne Zwischenfälle vollzogen.

— Aus Tetuan wird gemeldet, daß infolge der Anführung der Einföhrung der spanischen Polizei 400 Notabeln beim Kaiser erschienen und gegen die Reform Einspruch erhoben. Der Kaiser erklärte, er könne die vom Sultan gebilligte Einföhrung nicht hindern, worauf die Notabeln an Mohammed el Torres das schriftliche Ergehen reichten, beim Sultan die Zurücknahme der Genehmigung zu erwirken. In Larache werden ernste Unruhen befürchtet, wenn die Spanier die Polizei einföhren lassen.

— Spanische Polizeiföhrer in Tetuan wurden von der Volksmenge angegriffen und zur Flucht in das Konsulat genötigt.

— Aus Tanager wird gemeldet, daß der französische Kreuzer „Guebard“ mit neun Gefangenen aus Rabat eintraf. Raifut hat ihre Freilassung als eine der Gesechtsleistungen für die Freilassung des Kaisers Marokkos gefordert.

Der französische Minister des Auswärtigen Pichon ist gestern nach Madrid abgereist, wo er einige Tage Aufenthalt nehmen wird. Von da wird der Minister sich nach Südspanien begeben und am 13. oder 14. d. Mts. nach Paris zurückkehren.

### Keine Krönung König Gustavs von Schweden.

König Gulvan von Schweden erklärte einem Mitarbeiter des „Atonbladet“, der Beschluß, sich nicht krönen zu lassen, sei seiner eigenen Initiative entsprungen. Er halte die Krönung, die im Grundgesetz nicht vorgeschrieben sei, für überflüssig und nicht dem Zeitgeist entsprechende. Die großen damit verbundenen Kosten hätten entscheidenden Einfluß auf seine Entscheidung gehabt. Der König teilte ferner mit, daß auf seinen persönlichen Wunsch eine weitgehende Vereinfachung des Zeremoniells bei der Reichstagsfeier ausgearbeitet werde. Er erklärte schließlich, daß er persönlich sich nichts Besseres wünschen könne, als ein einfaches und parlamentarisches Leben zu führen. Daß dieses Prinzip sich nicht durchführen lasse, beruhe auf der repräsentativen Stellung des Regenten. Weber dem Lande noch dem Volke könnte damit gebiet sein, wenn der König bei offiziellen Gelegenheiten die internationalen Gitten und Gebräuche außer acht lasse.

### Verkauf der Times.

Ueber die Londoner „Times“ schreibt der zu Harmsworth's Zeitungsrat gehörige „Observer“, daß zurzeit wichtige Verhandlungen im Gange seien, nach denen die Leitung des Blattes in die Hände eines sehr fähigen Mannes übergehen würde. Der Korrespondent des „B. T.“ vermutet, daß Harmsworth selbst gemeint ist, der schon seit einiger Zeit mit der „Times“ liiert ist. Die deutschfeindliche Haltung der „Times“ würde, wenn Harmsworth der neue Leiter des Blattes werden sollte, gewiß weiter gegeben werden und wahrscheinlich sogar eine größere Nummer.

### Die Wirren in Rußland.

In dem gestern in Petersburg verhandelten Prozeß gegen die Mörder der beiden kaiserlichen Ingenieure Bers und Nberg, die am 1. Juni v. J. durch Revolutionäre getötet wurden, wurde ein Arbeiter freigesprochen, während die beiden anderen Angeklagten zum Tode durch den Strang verurteilt wurden. Das Gericht beschloß jedoch, eine Milderung der Strafe zu beschließen. Aus dem Zeugnis des in Peterhof stationierten 148. Kaiserlichen Infanterie-Regiments wurden 60 Gewehre gestohlen.

Die reaktionäre Presse Petersburgs veröffentlicht der

„Magdeb. Ztg.“ zufolge Einzelheiten über die Entdeckung der angeblichen Verschwörung gegen die Zarinn Mutter; es sollen in dieser Angelegenheit bisher 20 Personen verhaftet worden sein.

Unter den Mitgliedern des Verbandes wahrhaft russischer Leute ist eine Spaltung eingetreten. Vizepräsident Kurischewitsch sowie mehrere Gründer des Verbandes sind nach einer längeren Presseföhrung gegen den Präsidenten des Verbandes Drobwin aus dem Verbande ausgetreten. Kurischewitsch gründete eine neue altrussische monarchische Partei mit etwas gemäßigterer Richtung. Gleichzeitig bereitet der Bischof Serzomgen die Bildung eines altrussischen orthodoxen Verbandes vor.

Am Sonnabend verstarb in Petersburg eine Frau sich Zutritt zu dem Chef der Schwarzmeerflotte Admiral Witsen, der in einem Petersburger Hotel abgestiegen war, zu verschaffen. Geheimpolitiken nahmen sie jedoch an dem Portal des Hotels fest und fanden bei ihr eine geladene Bromningpistole. Die Frau weigerte sich, ihren Namen zu nennen.

### Die Unruhen in Persien.

Der Präsident des persischen Parlaments, der sein Amt niederlegen wollte, da der Gouverneur im Parlament mit dem Tode bedroht worden war, falls er die Leute nicht bestrafen würde, die auf das Tor des Parlaments geschossen und an den Wunden auf dem Arzillerieplatz teilgenommen hatten, gab nach längerem Zureden seine Absicht auf. Ein Teil der Schuldigen wurde mit Todschlagen bestraft. Erst am Sonntag gestreuten sich die bewaffneten Verteidiger des Parlaments vollständig. Die Befragungen der Verdächtigten zwischen Parlament und Schah sind untergeordnet, jeder beiden Parteien deutet sie zu ihren Gunsten. Auch werden bereits neue Forderungen und Vorwürfe laut.

### Japan und England.

In Vancouver ist die Sage sehr ernst. Hunderte von Japanern eilen der Umgegend nach Vancouver, um ihren Vandalen für den Fall neuer Unruhen beizubringen. 1200 Japaner sind nach Honolulu unterwegs. Zusammenfassend werden berichtet.

Die „Times“ veröffentlicht die „Magdeb. Ztg.“ zufolge abermals einen scharfen Artikel gegen das herausfordernde Auftreten Japans, das außer der Mandchurien und Korea auch ganz Nordchina in ein japanisches Handelsmonopolgebiet verwandelt. Das Blatt erklärt, weder England, noch Amerika, noch die übrigen Weltmächte werden auf die Dauer diese japanische Politik dulden.

### Zur japanisch-amerikanischen Frage.

Schreibt die „Times“? Es ist ein Glück, daß die verantwortlichen Personen in Tokio und Washington fortfahren, die Angelegenheit in Ruhe zu betrachten. Die Beziehungen zwischen beiden Regierungen sind herzlich; trotz der zahlreichen unvorläufigen Meinungen, die in diesen Beziehungen erfolgt sind, besteht keine Gefahr. Es ist zu hoffen, daß man die Mittel finden wird, einen dauernden Kompromiß herzustellen, der für beide Teile befriedigend ist. Es scheint, daß man in Japan besser als wo anders die Aufmunterungen des Präsidenten Roosevelt versteht. Wir müssen nicht daran, daß der japanische Gesandte in Paris Recht hat, die Entsendung des Gesandten nach dem Stillen Ozean auf den Wunsch Roosevelts juristisch zu führen, um den Geist des amerikanischen Volkes über die Wichtigkeit der Nationalverteidigung zu wecken.

Die Glaubwürdigkeit der dem japanischen Botschafter Viscount Mori zugeführten Aeußerungen über die japanische Auswanderung wird nach weiteren Informationen in allen politischen Kreisen Washingtons stark angezweifelt, da keinerlei Bestätigung dieser Aeußerungen zu erfolgen ist. Eine Meldung aus San Francisco zufolge stellt der japanische Botschafter Viscount Mori die Mitteilung über eine Unterredung betreffend die japanische Auswanderung entschieden in Abrede.

### Keine Tagesnachrichten.

— Das spanische Königspaar tritt seine früher aufgehobene Reise nach Wien Mitte Mai an. Von dort aus begibt es sich, der „Magdeb. Ztg.“ zufolge, nach Dresden zum Besuche des sächsischen Hofes.

— „Italia“ meldet, daß die Veröffentlichung eines Motuproprio des Papstes bevorstehe, durch das das Staatssekretariat reorganisiert werde. Dasselbe werde künftig drei große Abteilungen umfassen, und zwar eine politische und diplomatische Abteilung, eine Abteilung für außerordentliche sächsliche Angelegenheiten und das Kanzleramt für die Ritterorden. An der Spitze dieser drei Abteilungen werden Mgr. Scapinelli, Menzini und Marini unter der Leitung des Staatssekretärs Herzog del Val stehen.

— Der Auswanderer Kohlenträger in Port Said, der am 20. Dezember v. J. begann, ist beendet.

— Der „Corriere d'Italia“ schreibt: Die Freitagabend und Sonnabend früh verbreiteten Gerüchte von einem leichten Umwälzen des Papstes sind unbegründet. Der Papst erfreut sich einer ausgezeichneten Gesundheit und hat auch keine Empfindung in dem geringsten unterbrochen.

— Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark sind mit ihren Kindern nach St. Moritz abgereist.

— Die Königin von Schweden traf gestern vormittag in Kopenhagen ein und ließ die Reise mit dem Zuge nach Berlin fort.

— Die Baumwollspinner des Bezirks Manschester haben beschloßen, über ihre sämtlichen Arbeiter die Aussperrung zu verhängen.

— Der Papst hat gestern den bisherigen preussischen Gesandten am Vatikan Freiherrn von Kottbusch, der sein Abberufungsschreiben überreichte, in Audienz empfangen. Der Papst unterließ sich lange mit dem Gesandten und sprach ihm seine lebhafteste Anerkennung aus.

— Die diesjährige Session der bulgarischen Sobranje wurde am Sonnabend mit einer Ironie geschlossen, die vom Ministerpräsidenten verlesen wurde, da der Fürst erkrankt ist.

— Aus russischen Hofkreisen verlautet, daß die Zarinn einem freudigen Familienereignis entgegensteht.

— In Anerkennung der Vorträge seines Buches über Deutschland ist dem Schriftsteller Jules Furet das Ritterkreuz der Ehrenlegion verliehen worden.

— Die Anatolische Bahn gewährte dem „B. T.“ zufolge der Worte einen Vorschuß von 200 000 türkischen Lira. Die Worte braucht diese 3 1/2 Millionen Mark zu den bei Gelegenheit des Kurban-Beiramsfestes am 14. Jan. üblichen Gebalts- und Remunerationsauszahlungen.

# Gerihtsverhandlungen.

## Der Kölner Peters-Proz.

(Nachdr. verb.) S. u. H. 23, den 6. Jan.

Vor dem hiesigen Schöffengericht beginnt morgen — Dienstag — der große Weibungs-Prozess, den der frühere Reichskommissar Dr. Carl Peters gegen die „Reinliche Zeitung“ begun. Deren verantwortlichen Redakteur Dr. Oskar Brüggemann und den Berliner Korrespondenten dieses Blattes, den früheren Gouverneur Rabulov v. Bennigsen, angeklagt hat. In politischen Kreisen sieht man dem Ausgang dieses Prozesses mit großer Spannung entgegen. Soll er doch eine bestimmte Klärung der Peters-Angelegenheit und vor allem der mysteriösen Zuderer-Erklärung bringen, die nun schon seit fünf Jahren die öffentliche Meinung und wiederholt auch den Deutschen Reichstag in hervorragender Weise beschäftigt hat, herbeiführen. — Zwischen Dr. Carl Peters und der „Reinl. Ztg.“ bestehen seit geraumer Zeit tiefe Meinungsverschiedenheiten. Nachdem die „Reinliche Zeitung“ ursprünglich dem künftigen Zuge des Reichskommissars durch das damals noch wenig erfolgreiche Deutsch-Polnische und der durch ihn erfolgten Diffusion der deutschen Flagge am Südpolymarkt sympathisch gegenüberstanden hatte, änderte sich später ihre Haltung, als gegen Dr. Carl Peters das bestimmte Disziplinarverfahren eingeleitet und er schließlich durch den Kaiserlichen Disziplinargerichtshof für die Schmutzgebiete seines Amtes für verurteilt erklärt worden war. Aus jenem Disziplinarprozeß löste sich auch der meiste Teil der Verhandlungen der Petersischen Weibungsfrage gegen die „Münchener Post“ im Juli v. J. ist noch in Erinnerung, daß in dem Disziplinarverfahren gegen Dr. Carl Peters die im Herbst 1902 erfolgte Lösung seines Amtes v. J. und seiner Konfiskation in Jagoda die Hauptrolle spielte. Ferner sollte Dr. Peters unumwundene kriegerische Verbindungen mit dem Sultan Mahmud hergestellt, aber die Weibung in unumgänglicher Weise geprügelt und über diese Vorgänge unumwundene Berichte an seine vorgelegte Behörde eingeleitet haben. — Dieses Disziplinarverfahren war eine Folge der Angriffe, die der Abgeordnete Vebel im Jahr 1896 im Reichstage gegen Dr. Peters gerichtet hatte. Der damalige Reichskanzler Dr. Richter hatte zunächst Dr. Peters zu halten versucht, glaubte ihn dann aber preisgeben zu müssen, als Vebel den sensationellen Zudererbrief zur Verlesung brachte, der sich später als eine Fälschung erwie. Nach diesem Briefe sollte Dr. Peters in zynischer Weise zugestanden haben, daß die Einrichtung des Rabulov v. J. und der Jagoda habe vornehmen lassen, weil Rabulov sich seiner Konfiskation gegenüber habe, während Dr. Peters vor dem Disziplinargericht und gegen ihn, auch noch im Münchener Prozeß behauptet hat, die Einrichtung des Rabulov sei wegen eines Diebstahls, die der Jagoda wegen einer Konspiration gegen die Sicherheit der Südpolymarkt-Station erfolgt. Das Disziplinargericht nahm denn auch an, daß die Einrichtung der beiden nicht wegen der von Peters angelegenen Stationen erfolgt sei, sondern daß jegliche Mordpläne gegen den Kaiserlichen Disziplinarprozeß nach dem Geheimrat Hellwig vom Südpolymarkt Amt, den Dr. Peters in der Folge behauptete, das Disziplinargericht mit dem gefälschten Zudererbrief beunruhigt zu haben. Die „Reinliche Zeitung“ bezog demgegenüber den Standpunkt, daß der Zudererbrief keinen Einfluß auf das Disziplinarverfahren gehabt habe und wiederholte diese Behauptung, als im Juli v. J. Dr. Peters durch seinen Weibungsprozeß gegen die „Münchener Post“ seine Rehabilitierung versuchte. Sie schrieb damals u. a., es habe sich allerdings ereignet, daß der Zudererbrief eine Fälschung sei, Dr. Peters habe aber einen Brief an den Kaiser geschrieben, in dem er die Fälschung v. J. in der Hand geschrieben habe. Dieser Brief liegt bei den Petersakten im Südpolymarkt Amt, es handelt sich auch bei dem Zudererbrief nicht um eine Namensverwechslung.

Als Verfasser dieser Notiz bekannte sich der frühere Gouverneur v. Bennigsen gegen den Dr. Carl Peters deshalb eine Weibungsfrage angeklagt hat, um davon zu benehmen, daß er niemals einen Brief gegen oder ähnlichen Inhalts an den Kaiser geschrieben habe. — Bekanntlich hat der Reichstagsabgeordnete Vebel als Zeuge vor dem Münchener Schöffengericht angegeben, daß der Zudererbrief eine Fälschung sei, daß er seinen Gewährsmann trotzdem jedoch nicht nennen wolle, weil es sich um einen Beamten in sehr hoher Stellung handelte. Da Dr. Peters nun auf dem Standpunkt steht, daß der Zudererbrief allein den Anlaß zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen ihn gegeben hat, so will er die Ergebnisse des bevorstehenden Prozesses zur Grundlage eines Antrages auf Wiedereinnahme seines Amtes machen. Er hat seinen Rechtsbeistand, Justizrat Dr. Cello (Berlin), beauftragt, in dem jehigen Prozeß den unumwundenen Standpunkt v. J. zu vertreten, so daß es in dem Prozeß voraussichtlich zu mancherlei Zwischenfällen kommen dürfte. — Unter den gelobten Zeugen befinden sich fast alle aus dem Münchener Prozeß schon her bekannte Persönlichkeiten und ferner als Sachverständige der Reichsanwalt v. Scheinitz, Vater v. d. Reden, Professor v. Soldens-Dahlmann und Graf v. Pfeil.

## Straffammer. Halle, 4. Januar.

### Ein zärtlicher Sohn.

Den eigenen Vater strafrechtlich wie ziviltrechtlich verlastet hat der Arbeiter Ulrich von hier. Ueber die Ursachen der unannehmligen Heftigkeit lauten die Angaben der beiden verurteilten. Der Sohn will vom Vater schon mit dem Messer bedroht worden sein. Der Vater versichert dagegen, nicht er habe den Sohn, sondern umgekehrt dieser ihn mit so rohen Drohungen erstickt. Im April v. J. wollte der Vater seine Sachen aus der Wohnung des Sohnes abholen. Als er abgewiesen wurde, soll er gedroht haben, er wolle dem Sohne das Genick umdrehen. Der Sohn stellte darauf gegen ihn Strafandrohung wegen Bedrohung. Das Schöffengericht sprach jedoch den Vater frei, da er die Drohworte wohl nicht ernstlich gemeint habe. Der als Nebenkläger zugelassene Sohn legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein. Dem eindringlichen Zurufen des heutigen Strafammerorgans, die Berufung zurückzunehmen, ob er nicht Folge zu seinem Schaden, den die Berufung wurde auf seine Kosten zu verwirken. Es sei gar nicht

nachgewiesen, ob der Vater die intimierten Worte überhaupt gesprochen habe.

### Ein vom Glück begünstigter Glücksspieler.

Der 23jährige Bäckerlehre Richard Wiebecke von hier war im August v. J. mit mehreren anderen angeklagt, in verschiedenen hiesigen Schmutzgebieten gewerkschaftliche Glücksspiele veranstaltet zu haben. Er wurde aber trotz bringenden Beweises freigesprochen. Inzwischen ist gegen ihn abermals Anklage erhoben worden, in der Zeit vom April bis Juni v. J. im hiesigen Restaurant „Stadt Leipzig“ verbotenes Glücksspiel getrieben zu haben. Er hatte aber heute noch als das Glück, freigesprochen zu werden. Es konnte ihm nicht nachgewiesen werden, daß er in der Zeit nach seiner Freisprechung noch Glücksspiele getrieben hat. Betreffs der ihm für die vorhergehende Zeit zur Last gelegten Straftaten aber wurde die Strafverfolgung für unzulässig erklärt, da sie durch die im August erfolgte Freisprechung erledigt seien, selbst wenn er sich damals wirklich strafbar gemacht habe. Wiebecke, der aus Süddeutschland stammt, gab heute selbst offen zu, vor dem August v. J. viel gespielt zu haben. „Wahrscheinlich bin ein lebensgefährlicher Spieler und spiele besonders gern Meine Tante, meine Tante“ oder „Stechen und hier“. In „Stadt Leipzig“ habe er und seine Mitstreiter in der Regel mit Geld über „Schloß“ begonnen, um dann zum Schluß noch ein „Glücksspiel“ draufzusetzen. Seit August spiele er jedoch nicht mehr. Arbeit habe er freilich nicht gehabt, sondern von Väterchen gelebt. Seit längerer Zeit trage er sich mit dem Plan, ein Handelsgeschäft anzulegen, und sei schon wiederholt beim Magistrat um die Konzeption eingekommen.

## Provinzialnachrichten.

### Gasvergiftung.

Estleben, 6. Jan. Hier war in mehreren Wohnungen Gas aus den Leitungen geträumt, wodurch einige Personen betäubt wurden. Der Berginspektor Gustav Martin ist der Gasvergiftung bereits erlegen. Man vermutet, daß der Vorkfall mit Kanalarbeiten in Zusammenhang steht.

W. (Bochau, 6. Jan. Die gerügten Unfälle.) In leichtfertiger Weise mit Schußwaffen umzugehen, hatte hier leider einen betrieblen Unglücksfall zur Folge. Der Schmiedelehrer Thomas, beim Schmiedemeister Köder, machte sich, wenn er sich unbeobachtet fühlte, öfter mit einem Taschenrevolver zu schaffen. Am Freitag Abend, wo dies wieder geschah, entlud sich die Waffe; das Projektil drang in den rechten Unterarm und verurteilte in den Fleischpartien eines Schußkanals bis zur Achselhöhle. Nach Anlegung eines Notverbandes vom Arzte wurde der erheblich Verletzte einer halbesellen Sanftanalt überwiesen.

W. (Wintzschöna, 6. Jan. Eine bestialische Rohheit) beging ein sog. Stallschweizer beim Outbesitzer D. Barth. Aus Rache, daß er seine Stellung aufgeben sollte, griff er zu einer Eichenkante und traktierte damit das ihm unterstellte Vieh in rohester Weise. Eine Kuh schlug der Unhold „tot“, so daß sie der Wädelerei überwiesen werden mußte und einem zweiten Wunde löst er ein Bein entzwei, sodas zu einer Schlachtung geschritten werden mußte.

W. (Merseburg, 6. Jan. Steuererhöhung in Sicht! Feuer.) Man rechnet für dieses Jahr hier mit einer zehnprozentigen Erhöhung des Zulages auf die Einkommensteuer und einer solchen von 5 Prozent auf die Realsteuer. — Freitagabend brach in einem Gemüschhau der Haidelheimer Gärtner an der Lennauer Straße Feuer aus und legte dieses in Asche. Da für die anderen Gemüschhauer und das Wohnhaus keine Gefahr bestand, wurden die freiwillige Feuerwehr und die Brandkasse nicht notwendig sei. Nur die Landbrüge und die dazu gehörigen Mannschaften erschienen am Brandort. Der Verlierer erleidet durch den Brand einen Schaden von ungefähr 2000 Mk., da ihm ein großer Teil der in dem Hause befindlichen Pflanzen entzogen ist. Gegen Feuerlöschungen war das abgebrannte Gemüschhaus nicht versichert.

W. (Bad Wilsa, 4. Jan. (Zweiter Moment.) Lehrer Vogel in Walsrode ist schon seit 1878 Abonnent der „Saale-Zeitung“, kelt diese also seit 30 Jahren. Wir beglückwünschen den treuen Abonnenten zu dieser Anhänglichkeit.

W. (Erfurt, 6. Jan. (Rückkehr.) Der Gärtnergehilfe Lippert und der frühere Postbote Werther, ein Bruder des hiesigen Brandstifters Emil Werther, die zur selben Zeit Erfurt verließen. Als Emil Werther flüchtete, ließ wieder zurückgekehrt. Beide behaupten, auf ihrer Wanderfahrt nach Elbst-Bohringen sich nie in Gesellschaft des Emil Werther befunden zu haben, auch von dessen Aufenthalt nichts zu wissen.

W. (Mühlhausen i. Th., 6. Jan. (In der letzten Stadtvorordnetenversammlung) erklärte Oberbürgermeister Trendmann, daß die von den sozialdemokratischen Stadtvorordneten gestellten Streikungen aus der Wählerliste nach den gesetzlichen Bestimmungen erfolgt seien. Demgegenüber bleibt der sozialdemokratische Stadtvorordnete Dönnde bei der Behauptung, man habe den Gestrichenen das Wahlrecht nehmen wollen, weil sie bei der letzten Wahl „nicht richtig“ gewählt hätten. Hierauf wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Bei der Wahl der Mitglieder der Verwaltungskommissionen wählte man sämtliche Angehörige der 3. Wählerklasse aus der wichtigsten — Finanzkommission — heraus. Die Veränderung der Sparsparstatuten brachte

als wichtigste Neuerungen die halbjährliche Verzinsung der Sparsparungen und die Erhöhung des Zinsfußes für Einlagen von 3 auf 3 1/2 Proz. Der Zinsfuß kann je nach Lage des Geldmarktes bis auf 5 Proz. erhöht und wieder zurückgeführt werden. Die Möglichkeit des Konto-Korrentverkehrs wird in einem besonderen Paragraphen eingehalten, obgleich aus der Veranlassung dringender Natur gewart wurde, daß die Sparsparung in ein Bankinstitut umgewandelt wird.

W. (Leipzig, 6. Jan. (Ein fieser merer Unglücksfall) ereignete sich am Sonntag nachmittag im Krillpalast. Dort waren im Keller unter dem Meßkammer zwei Maurer und ein Arbeiter mit einer Arbeit beschäftigt. Pöblich plügte das durch den Kellerraum gehende Hauptdampfleitungsrohr am Wasserheber. Der Maurer Gustav Müller erlitt erhebliche Brandwunden und mußte deshalb nach dem Krankenhaus gebracht werden. Der Maurer Albert Jahn und der Arbeiter Ernst Köhler trugen ansehend nur leichte Verletzungen davon und konnten sich in ihre Wohnungen begeben.

W. (Jena, 6. Jan. (Der Grobherzog) schenkte der katholischen Gemeinde hierseits zur Befestigung einer Orgel für ihre neue Kirche den namhaftesten Betrag von 1000 Mark.

W. (Gotha, 6. Jan. (Auf Schloß Friedenstein) entstand am Donnerstag nachmittag in dem zu ebener Erde gelegenen Dienstkammer Feuer, das glücklicherweise gelöscht werden konnte, ohne größeren Schaden zu entstehen. Ein Diener hatte ein Gefäß mit Bohnermehl in den gutgetrockneten Feuerherd gestellt. Die Masse litte beim Erwärmen aus dem Gefäß, entzündete sich und schlug in mächtiger Flamme empor. Der Diener rief den brennenden Topf aus dem Herd und warf ihn, um nicht Gefahr am eigenen Leben zu nehmen, vor sich, wodurch mehrere Gegenstände Feuer fingen. Brandretter Herold und ein Feuerwehmann trafen sofort ein; das Schloßpersonal hatte das Feuer bereits gelöscht.

## Sportnachrichten.

### Nachpost.

Zum Verbot der Rennen mit Motorführung in Dresden wird uns von dort geschrieben: Zu Anfang des vorigen Jahres erregte besonders in Sportkreisen bedeutendes Aufsehen eine Verfüzung der Dresdener Kreisbauernmannschaft zu Dresden an den dortigen Stadtrat, die Rennen mit Motorführung auf der Dresdener Radrennbahn zu untersagen. Das behördliche Einverständnis erfolgte auf Antrag des Vorstandes der königlichen Frauenklub mit der Begründung, daß die Inzidenzen dieser Anstalt, die in unmittelbarer Nähe des Rennplatzes liegt, durch das lärmende Geschmetter der Schrittmachermaschinen an Sonntagen in ihrer Ruhe schwer beeinträchtigt würden. Gegen diese Verfüzung erhob der Verein für Radwettkfahren Protest mit dem Hinweis darauf, daß die Durchführung der Verordnung gleichbedeutend wäre mit dem Ruin des Vereins. Dieser habe seit 1901 in der Radrennbahn eine Summe von 14000 Mark in Bauforderungen verlegt, von welcher erst 85000 Mk. gefügt seien, also noch eine Schuld von 55000 Mk. verbleibe. Diese müßten von etwa 350 Personen durch Beiträge von 50 bis 8000 Mk. getragen werden. Lange Zeit erfolgte auf diese Eingabe kein Bescheid, so daß die Rennen des vergangenen Jahres ungehindert abgehalten werden konnten. Nun aber ist dem Verwaltungsrat des Vereins eröffnet worden, daß er die Bahn zu Rennen mit Schrittmachermaschinen nur noch bis Ende der Saison 1908 benutzen darf. Der Verein wird in den nächsten Tagen eine außerordentliche Hauptversammlung abhalten, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich wird er das Angebot des Rates der Stadt Dresden annehmen, der ihm in der Nähe der Reider Gasfabrik, unweit vom Sportplatz des Rennvereins ein entsprechend großes Stück Land zur Errichtung einer neuen Rennbahn in Louis- oder postweise zur Verfügung stellt. Befonders Interesse für die Vereinsmitglieder wird aber auch die Frage haben, wie die Restschuld für der alten Radrennbahn am Vorkommenwerden zu tilgen sein wird.

### Fußballpost.

Wegen der Räte abgehandelt sind vom Gau Nordwestsachsen des Mitteldeutschen Verbandes alle für heute und morgen angelegt gewesenen Verbandsspiele.

### Gespott.

Die Kaiserpreise für die Räder Waage. Die Vorstände des kaiserlichen Jagtclubs und des Norddeutschen Jagtvereins geben die Verteilung von fünf Kaiserpreisen bekannt, die während der Räder Waage zur Auszeichnung gelangen sollen. Es sind ein Ernennungsdirekt, drei Kaiserpreise und der Samopal für die Sonderklasse.

### Leitung Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wilmann; für das Arzteamt: Otto Sonne; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für den lokalen Teil: Eugen Brinmann; für den Handelsteil: Fritz Rana; für Gericht, Sport und Vermischtes: Hermann Sacke; für den Interimsteil: Max A. Neßel; Druck und Verlag von Otto Döbel, sämtlich in Halle a. S.

### Die Nummer umfaßt 12 Seiten — (einschließlich Unterhaltungsblatt).

Bei Magenfranken mit Appetitlosigkeit bildet „Ausele“ ein sehr nützliches, entweder in Milch oder in Fleischsuppe geteilt, oft das einzige Nahrungsmittel, welches die Kranken ohne Widerwillen nehmen und leicht verdauen.



1908 Januar 31 Tage

Leipzigerstr. 87

Ecke Branhausstr.

# Inventar-Ausverkauf,

welcher Dienstag, den 7. Januar, morgens 8 Uhr beginnt und bis Dienstag, den 14. Januar, dauert, bietet jedem Käufer ungeheure Vorteile.

Die Preise müssen zum Kauf anregen.

Erfrischungs-Baum 1. Etage. Verlangen Sie Konsum-Marken oder Marken der Rabatt-Spar-Vereinigung.



# Preussische kons. Staatsanleihe

(Staatsschuldenscheinanleihe.)  
Zeichnungen nehmen laut Prospekt zu 98.50% mit  
gegen und vermitteln solche kostenfrei. (652)

**G. H. Fischer, Königstrasse 2.**

Zeichnungen auf die neu emittierte  
**Preussische Konsolidierte Staatsanleihe**  
nehmen wie zur kostenfrei Vermittlung bis zum 12. d. Mts.  
entgegen. (653)

**Peckolt & Raake, Bankgeschäft, Niederplatz.**

**Zum Quartalswechsel**  
empfehlen wir:

- 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> Preussische Boden-Kredit-Pfandbriefe Serie 24 unktundbar bis 1916 Cours ca. 98 1/2%
- 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> Deutsche Hypothekbank (Meiningen) Pfandbriefe Serie 12 unktundbar 1917 (im Herzogtum Meiningen mündelsicher) Cours ca. 98 1/2%
- 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> Berliner Hypothekbank-Pfandbriefe Serie III u. IIIIV unktundbar bis 1914 bezw. 1915 Cours ca. 97 1/2%
- 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> Hessische Landes-Hypothekbank-Pfandbriefe Serie 14 u. 15 unktundbar bis 1914 (mündelsicher in allen deutschen Bundesstaaten) Cours ca. 100%

sämtlich franko Provision und Spesen;  
ferner - soweit der Vorrat reicht -  
verschiedene 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> und 3<sup>o</sup>/<sub>o</sub> Staats- und Provinzial-  
anleihen, 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> und 3<sup>o</sup>/<sub>o</sub> gute Industrie-Obligationen  
zum Tageskurs, ebenfalls franko Provision  
und Spesen.

**Bank für Handel und Industrie**  
Filiale Halle a. S.  
Alte Promenade 2. (540)

**Konkursmasse-Verkauf.**  
Das zur Konkursmasse des Kaufmanns Emil Danneberg in  
Hirma Braun & Co., Schwamm-Importeurs, hier gebürtige Waren-  
lager nebst Geschäftsvorrat, im Schutzwert  
in **Schwämmen**  
Gebot im ganzen verkauft werden. Zur Befriedigung der Verkaufsauf-  
gehörig sind die Geschäftskunden **Waggebühren** 11, hier,  
am Sonntag, den 11. Januar etc., vorm. 10-12 und nachm.  
3-4 Uhr geöffnet, dieselbst liegen auch die Verkaufsbedingungen  
und das Inventarverzeichniss aus. Schriftliche Gebote mit einer Kaution  
von 500 Mark sind bis Montag, den 13. d. Mts., mittags, bei mir  
abzugeben.  
Halle a. S., Königstrasse 15, den 6. Januar 1908.  
Ferd. Wagner, Konkursverwalter. (535)

**MIGNON-SCHOKOLADE**  
KAKAO p. Tafel  
200, 220 u. 250 Pfg.  
Alleinige Fabrikanten.  
**David Söhne A.-G.**  
Halle a. S.  
Verkaufsstellen durch  
Plakate kenntlich.



**Oskar Klose**  
Spezialhaus feiner Delikatessen  
Gr. Ulrichstr. 55. Fernsprecher 993.  
Empfehle in vorzüglicher, frischer Qualität:  
Hochfeine Kaiser-Natives-Heringe von hervorragend feiner  
Zertheit. Röhrlinge und marinierte Heringe in delikater  
Remouladen-Sauce. Echte Regensburger, Schömberger,  
Frankfurter, Prager und Dresdener Apfeltürschchen.  
Vorzüglich gek. Hamburger Delikatess-Schinken. Prager  
und westfäl. Kronen-Schinken. Frische Ostsee-Krabben.  
Täglich frisches Hamburger Schwarzbröt.  
Halle a. S. (550)

**Jodella**  
(Lahusen's Lebertran).  
Der beste, wirksamste, beliebtste Lebertran.  
Wirks bis ins kleinste, säureernermittel, appetit-  
anregend, hebt die Körperkräfte in kurzer Zeit.  
Besonders blutarmen, schwächlichen Erwachsenen,  
rachitischen (Engelische Krankheit), skrophulösen,  
in der Entwicklung nach beim Lernen zurück-  
bleibenden schwächlichen Kindern zu empfehlen.  
Preis: Mark 2.30 und 4.60. Mit einer Kr. kann  
jederzeit begonnen werden; da immer frisch zu  
haben.  
Alleiniger Fabrikant: (549)  
**Apotheker Wilh. Lahusen, Bremen.**  
Da Nachahmungen, achte man auf die nebenstehende Figur  
und den Namen „Jodella“. Alle anderen Präparate sind als nicht  
echt zurückzuweisen.  
Frisch zu haben in allen Apotheken von Halle, ganz Sachsen,  
Anhalt, Thüringen. Hauptniederlage: Marquardt'sche Löwen-  
Apothek und Hirsch-Apothek in Halle, Markt 17.



**Zeichnungen**  
auf die  
**Preussische Konsolidierte Staatsanleihe**  
(Staatsschuldenscheinanleihe)  
vermitteln wir kostenfrei. (654)

**Spar- u. Vorschuss-Bank.**

Forster Wäschereimaschinenfabrik  
**RUMSCH & HAMMER, Forst i. L.**  
Spezialität:  
**Wäscherei-Einrichtungen**  
für Hand- und Krappbetrieb, mit und ohne  
Dampfessel. Frö. u. Kostenausschlag gratis.  
Filiale u. Maschinen- Berlin, Friedrichstr. 16  
Ausstellung in Handelsstelle Berlin-Allianz. (511)

Das  
**Stolzenberg-System**  
ist das beste, schafft Ordnung, Übersicht und Sparsamkeit.  
**Stolzenberg-Schnellhefter**  
mit neuer, verbesserter Stahlstifte.  
**Stolzenberg-Mercedes-Briefordner**  
fonie (544)  
**Stolzenberg-Fachgestelle, Registratur-  
und Akten-Schränke**  
sind überaus praktisch, dauerhaft und preiswert.  
**Fabrik Stolzenberg, Oos. (Baden).**  
Deutsche Bureau-Einrichtung-Ges. m. b. H.  
Niederlage Halle a. S., Leipzigerstr. 61 I.

Bester erfahrener  
**Kaufmann**  
mit besten Referenzen führt  
**Häuser zu verwalten.** (531)  
Geff. Offert. u. N. 1106 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Halle S.  
**Geld-Ersparnis**  
**Soennecken's**  
**Dauer-Kontenbücher**  
D. R. G. M.  
Lose Blätter und doch fest gebunden  
Alphabetische Kontenfolge  
Kein besonderes Register  
Kein Übertragen der Konten.  
Katalog Nr 131 und Verschläge kostenfrei  
**F. SOENNECKEN'S BONN**  
Kontenbücher-Fabrik  
Berlin, Taubenstr. 16 • Leipzig, Markt 5  
Durch Schreibw.-Handlungen zu beziehen



**Hotel u. Rest. Wettiner Hof**  
eröffnet.  
wird wieder  
Vereins- und Klub-Zimmer sind zu vergeben.  
**Krieger-Begräbnis-Verein.**  
390)  
Sauptversammlung Montag den 6. Januar 9 Uhr  
Lose Nr. 3. - Vorz. u. Gite nach auswärts 30 Pf. (548)  
Peitrich & Kopsch, Zalamstr. 6.  
120) **Günstige danerhafte Korsetts**  
von 1.00 - 5.00 Mk. empfiehlt  
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.  
**Waschgefäße** (533)  
dauert, bill. Gander, Gr. Klausen-  
str. 12. Wital, d. Halb. 29. 11. 11.  
**Für Hausfrauen** Elektra-  
kerzen brennen aus  
holsten. Beim  
Guss  
**billige Kerzen.** wenig beschädigte billig. Hier: Ost-  
Berlin von, Park, Leipzigerstr. 51.

**Auswärtige Theater.**  
Dienstag, den 7. Januar.  
Dessau. Hoftheater: Stella. Der  
Bürgergeneral.  
Magdeburg. Stadttheater: Die  
wische Zama.  
Seipzig. Neues Theater: Bom-  
anden Ufer. - Altes Theater:  
Ein Walgentraum.  
**Walzenträum.**  
Stadttheater.  
Für die Zementapelle in der  
Operette „Ein Walzenträum“ wird  
noch 1 Dame (Geigenbläserin)  
gesucht. Meldungen im Stadt-  
theater-Bureau. Die übrigen  
Damen wollen bis zum Dienstag  
den 7. Januar früh 10 Uhr  
zur Probe einfinden.  
Die Direktion. (530)  
Morgen Dienstag  
Schlaraffenfest.  
M. Hoekner,  
Mitteltstr. 10.

**Stadt-Theater.**  
Direktion: Gebr. M. Richards.  
Dienstag, den 7. Januar  
110. Vorstellung im Abonnement.  
Lichtaufstellung. 2. Viertel.  
Einmaliges Gastspiel der Kaiserl.  
Königl. Hofopernsängerin  
Cecilia Wenger-Frohheim.  
**Wagnon.**  
Oper in 3 Akten von H. Thomas.  
Spielleitung: Theo. Mann.  
Musik. Leitung: Eduard Moritz.  
Personen:  
Wilhelm Meister: Fritz Gruselt.  
Wilhelmine: Schau-  
spielerin Alice v. Beer.  
Gardes: Schau-  
spieler Theo. Mann.  
Friedrich: St. Bandur.  
Sofortin: Franz Brant.  
Jarno, Führer einer  
Pigeunerbande: H. Humann.  
Wagnon: C. Wenger-  
Frohheim.  
Antonio: F. Amberg.  
Ein Diener: H. Bögel.  
Souffleur: Paul Jungst.  
Am 1. Akt: Hagerstranz,  
arrangiert v. d. Balletmeisterin  
Wilde-Esther-Wiet, ausgeführt  
vom Corps de Ballet. (532)  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

**Neues Theater**  
Direktion: E. W. Weinstass  
Dienstag, E. Hjörnsens  
Ein Hallenfest. (533)  
**Wintergarten**  
Im Café  
konzertiert täglich abends  
von 8 1/2 Uhr an  
das **Leipziger Casino-Quartett**  
das Solisten ersten Ranges.  
Unt. Leitung v. Hrn. Kapellmeisters  
Treutler.  
Rob. Franz-Singakademie.  
Dienstag, den 7. Jan., ab 6 Uhr  
Tribung im Saale der Volksschule.  
Anfänger am 21. Januar. (536)

**Apollo-Theater.**  
Direktion: Gustav Poller.  
Abendstück: Ein  
**Weltstadt-Programm,**  
wie solches hier noch nicht gegeben wurde!  
Schauspiel von F. Merzins  
**Bauern-Hunde-Theater,**  
dargestellt von 42 Sunden,  
die ohne jede menschliche Hilfe Theater spielen.  
Im II. Bild: **Schuhplattleranz,**  
getanzt von 6 Sunden.  
Original: **Humpsti-Bumsti,**  
der beste komische Exzentrik-Witz des Varietés.  
**Meistersänger-Quartett**  
bestehend aus den Herren Opernsängern:  
Franz Burckgraf, Paul Christian, Carl Berger, Hans Klink.  
**6 Colberg**  
mit dem kleinste Kapellmeister der Welt  
Hugo Colberg.  
Außerdem: die übrigen Glanznummern. (521)

**Wintergarten.**  
Mittwoch, den 8. Januar 1908, abends 8 Uhr  
**I. Solisten-Konzert**  
des Trompeter-Korps des Manns. Feld-Art. Regts. Nr. 76  
unter pers. Leitung des Hrn. Stabstrompeters Steuer.  
Solisten:  
Hagenwerf, Geig. von Konzeptsch. Hrn. Kallenberg.  
Hühnerkopf, Geig. von Hrn. Eintrumpeter Steuer.  
Wolfsmeier, Geig. von Hrn. Wiedeb.  
Fichtenlof, Geig. von Hrn. Möbius.  
Eintritt einzeln. Billetts zu 35 Pf. Karten gültig.  
Familienbillets 5 St. 1 Mk. 10 St. 1.50 Mk. zu haben im  
Wintergarten. Paul Zachezko. (540)

**Kaisersäle.**  
Morgen (Dienstag) 8 Uhr:  
Konzert von  
**Dr. Paul Lutzenko** (Klavier),  
**Lucie Alice König** (Gesang).  
Vollständiges Programm an den Anschlagslöcher.  
Karten in der Hofmusik-Hall, Reinhold-Roh.

**Saal der Berggesellschaft, Paradeplatz.**  
25. Konzertjahr. 99. Konzert.  
Montag, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr  
**3. Kammermusik-Abend**  
des Hrn. Prof. Arno Hill, Alfred Wille, Bernh. Unken-  
stein und Hofkonzertmeister Georg Witz  
unter Mitwirkung von Fritz von Bose (Klavier).  
Programm: Rob. Schumann's Klavierquartett op. 47,  
Streichquartett op. 41, Nr. 1, Klavierquintett op. 44,  
Konzertflügel „Blüthner“ aus dem Magazin H. Dell.  
Karten zu Mk. 2.60, 1.55 u. 1.00 in der Hofmusikalienhand-  
lung Reinhold Rothger, Gr. Ulrichstr. 38.

**Walhalla-Theater.**  
**Eden-Theater.**  
Bellet. Abent. Stadtth.  
Dienstag, den 7. Januar  
110. Vorstellung im Abonnement.  
Lichtaufstellung. 2. Viertel.  
Einmaliges Gastspiel der Kaiserl.  
Königl. Hofopernsängerin  
Cecilia Wenger-Frohheim.  
**Wagnon.**  
Oper in 3 Akten von H. Thomas.  
Spielleitung: Theo. Mann.  
Musik. Leitung: Eduard Moritz.  
Personen:  
Wilhelm Meister: Fritz Gruselt.  
Wilhelmine: Schau-  
spielerin Alice v. Beer.  
Gardes: Schau-  
spieler Theo. Mann.  
Friedrich: St. Bandur.  
Sofortin: Franz Brant.  
Jarno, Führer einer  
Pigeunerbande: H. Humann.  
Wagnon: C. Wenger-  
Frohheim.  
Antonio: F. Amberg.  
Ein Diener: H. Bögel.  
Souffleur: Paul Jungst.  
Am 1. Akt: Hagerstranz,  
arrangiert v. d. Balletmeisterin  
Wilde-Esther-Wiet, ausgeführt  
vom Corps de Ballet. (532)  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.